

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Dutch Disease

Ökonomische Prozesse und Implikationen
für die Entwicklungszusammenarbeit

Klaus Liebig / Gerhard Ressel / Ulrike Rondorf

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen
Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Bonn 2008

Liebig, Klaus: Dutch Disease : ökonomische Prozesse und Implikationen für die Entwicklungszusammenarbeit / Klaus Liebig ; Gerhard Ressel ; Ulrike Rondorf. Studie im Auftr. des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). – Bonn : DIE, 2008. – (Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 21/2008) ISBN 978-3-88985-411-7

Dr. Klaus Liebig, Diplom-Volkswirt, ist seit Mai 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter des DIE. Vor Eintritt ins DIE arbeitete er am Lehrstuhl für Entwicklungsökonomie an der Universität Göttingen, wo er auch studiert und promoviert hat. Er beschäftigt sich mit der Welthandelsordnung, mit geistigen Eigentumsrechten und mit Fragen der Entwicklungsfinanzierung.
E-Mail: klaus.liebig@die-gdi.de

Gerhard Ressel, Diplom-Volkswirt, ist Stellvertretender Leiter des Referats 301 des BMZ, zuständig für Weltbankgruppe, Entwicklungsfragen beim Internationalen Währungsfonds, Internationale Finanzarchitektur und Entschuldung. Vor dem BMZ hat er in der Bundesbank, im Bundeskanzleramt und an der Freien Universität Berlin gearbeitet. Zu seinen Schwerpunkten gehören derzeit Makroökonomik, globale Konjunktur und öffentliche Güter.
E-Mail: gerhard.ressel@bmz.bund.de

Ulrike Rondorf, Diplom-Volkswirtin, ist derzeit Doktorandin am Lehrstuhl für Angewandte Makroökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt. Während ihres Studiums absolvierte sie ein dreimonatiges Praktikum am DIE. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Geldpolitik und der Konjunkturtheorie.
E-Mail: ulirondorf@t-online.de

Die Autoren geben nur ihre persönliche Meinung und nicht die Meinung ihrer Institutionen wieder.

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Verantwortlich bei der GTZ: Ronny Bechmann, Joana Henseler (Sektorvorhaben Entwicklungsökonomik)

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Zusammenfassung	1
1 Einleitung	3
2 Zum Begriff der Holländischen Krankheit (<i>Dutch Disease</i>)	4
3 Welche ökonomischen Prozesse laufen bei einem Devisentransfer an die Regierung eines Entwicklungslandes ab?	7
3.1 Optionen von Regierung und Zentralbank auf Finanztransfers zu reagieren	7
3.2 Einige Erweiterungen	14
3.3 Welche makroökonomischen Konsequenzen hatte ODA in der Praxis?	16
4 Implikationen für die Entwicklungszusammenarbeit	17
4.1 <i>Dutch Disease</i> durch Entwicklungshilfe?	17
4.2 Die Rolle der einzelnen Akteure	18
Literaturverzeichnis	21
Anhang	23

Kästen

Kasten 1:	Handelbare und nichthandelbare Güter	4
Kasten 2:	Nominale und reale Wechselkurse	4
Kasten 3:	Aserbaidshon – an <i>Dutch Disease</i> erkrankt?	5
Kasten 4:	Botsuana – ein positives Beispiel zum Umgang mit Rohstoffeinnahmen	6
Kasten 5:	Die Strategie <i>Don't Absorb & Don't Spend</i> in der Kontendarstellung (Ströme)	9
Kasten 6:	Die Strategie <i>Don't Absorb & Spend</i> in der Kontendarstellung	11
Kasten 7:	Die Strategie <i>Absorb & Don't Spend</i> in der Kontendarstellung	13
Kasten 8:	Die vier Strategien zum Umgang mit ODA im Überblick	14
Kasten 9:	<i>Gross Foreign Exchange Reserves of Developing Countries</i> 1996–2004 (\$ billions)	15
Kasten 10:	Ghana – <i>Don't Absorb & Don't Spend</i>	16
Kasten 11:	Uganda – <i>Don't Absorb & Spend</i>	16
Kasten 12:	Länderbeispiele für den makroökonomischen Umgang mit steigenden ODA-Zuflüssen in den Jahren 2000–2004	17
Kasten 13:	Die Zahlungsbilanz	25

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
IWF	Internationaler Währungsfond
MDG	Millennium Development Goals
ODA	Official Development Assistance
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
ZB	Zentralbank

Zusammenfassung

Wenn die Regierungen der Industrieländer ihre Versprechen einhalten, werden die staatlichen Entwicklungsleistungen (*Official Development Assistance* – ODA) in den nächsten Jahren erheblich ansteigen. Hiervon sollen vor allem die am wenigsten entwickelten Länder Sub-Sahara Afrikas profitieren. Die zusätzlichen Finanztransfers erhöhen die Chancen für Entwicklungsländer, nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen und durch positive Wachstums- und Wohlstandseffekte die Armut zu reduzieren.

Doch es gibt auch ernstzunehmende Kritik an der Ausweitung der Hilfe, und zwar aus drei Richtungen: Aus mikroökonomischer Sicht wird argumentiert, dass es für das zusätzliche Kapital nicht genügend durchführungsreife Projekte gibt (mangelnde Absorptionskapazität) und dass die Organisation des „*Aid-Business*“ den Empfängerländern übermäßige Transaktionskosten aufbürdet. Aus Sicht der politischen Ökonomie wird befürchtet (und empirisch belegt), dass ODA zu einer Reduzierung der Eigenanstrengungen führt. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der dritten Kritikrichtung, den möglichen unerwünschten makroökonomischen Nebenwirkungen von ODA, die primär unter dem Stichwort „Holländische Krankheit“ (*Dutch Disease*) diskutiert werden.

Als Holländische Krankheit bezeichnet man das volkswirtschaftliche Phänomen, dass es durch eine reale Aufwertung der Währung zu einem Rückgang des Wachstums der produktiven Exportsektoren und damit zu einer Beeinträchtigung des langfristigen Wachstums der Volkswirtschaft insgesamt kommen kann. Der eigentlich positiven Tatsache, dass mehr Geld in die Volkswirtschaft fließt und Investitionen und Konsum steigen können, steht gegenüber, dass sich die Wettbewerbsbedingungen für den heimischen Exportsektor und für Sektoren, die mit Importen konkurrieren, durch eine reale Aufwertung verschlechtern.

Dieser Beitrag erläutert die ökonomischen Prozesse, die im Kontext einer holländischen Krankheit ablaufen, um das Bewusstsein für entwicklungspolitisch angemessene Reaktionen zu schärfen. Ziel ist es weniger, einen umfassenden Literaturüberblick zu geben, als die mit Finanztransfers verbundenen ökonomischen Anpassungsprozesse auch für Nicht-Ökonom(inn)en verständlich darzustellen.

Bei finanzieller Zusammenarbeit handelt es sich aus makroökonomischer Sicht um einen Finanztransfer in das Entwicklungsland. Insofern sollten ODA-Zuflüsse ähnliche Effekte auslösen wie andere Kapitalzuflüsse, z. B. Direktinvestitionen oder Migrantenüberweisungen. Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings darin, dass in der Regel der Staat der Empfänger von ODA ist, während Direktinvestitionen und Migrantenüberweisungen direkt dem Privatsektor (Unternehmen und Haushalte) zufließen. Daher werden die makroökonomischen Effekte von ODA durch politische Entscheidungen entscheidend beeinflusst. Die Wirkungen eines Kapitaltransfers in ein Entwicklungsland hängen allerdings nicht nur von staatlichen Entscheidungen ab. Weitere bestimmende Faktoren sind: Die Flexibilität der Löhne und Preise, die Beschäftigung und Mobilität der Produktionsfaktoren (insbesondere Arbeit) sowie die sektorale Gliederung der Wirtschaft (z. B. Exportsektor vs. Binnensektor, d. h. Sektor nicht handelbarer Güter und Dienstleistungen, formeller vs. informeller Sektor).

Mit Hilfe vereinfachter Kontendarstellungen werden die ökonomischen Prozesse bei vier idealtypischen Strategien von Staat und Zentralbank erläutert: Die Regierung kann die Guthaben (in heimischer Währung) auf dem Zentralbankkonto für nichthandelbare Güter und Dienstleistungen ausgeben. Der Internationale Währungsfond (IWF) nennt diese Strategie *Spend*. Die Zentralbank kann ihre Währungsreserven am inländischen Finanzmarkt verkaufen. Dies entspricht der sogenannten „*Absorb*“-Strategie in der IWF-Terminologie. Es bestehen natürlich auch die Optionen, beide Aktionen zu kombinieren (*Absorb & Spend*) oder beide Aktionen zu unterlassen (*Don't Absorb & Don't Spend*). Je nach Strategiekombination unterscheiden sich die makroökonomischen Konsequenzen des Kapitalzuflusses durch ODA.

Die Studie kommt zu folgendem Ergebnis: Solange die zusätzlichen Kapitalströme in rentable Projekte umgesetzt werden können, mit denen die produktive Basis der Volkswirtschaft gestärkt und strategische Kapazitätsengpässe überwunden werden, sollte die berechtigte Sorge vor der Holländischen Krankheit nicht als Argument gegen eine Steigerung der Entwicklungshilfe verwendet werden. Allerdings müssen die Entscheidungsträger der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) darauf achten, dass bei mikroökonomischen Absorptionsengpässen ein Anstieg der EZ sorgfältig geplant und zeitlich angepasst wird, um nicht die langfristigen Wachstumschancen des Empfängerlandes zu untergraben. Kurz gesagt: Die ODA muss die Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft stärker verbessern, als die Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung verringert wird. Das ist ein hoher, aber erfüllbarer Anspruch an die EZ.

1 Einleitung

Wenn die Regierungen der Industrieländer ihre Versprechen einhalten, werden die staatlichen Entwicklungsleistungen (*Official Development Assistance* – ODA) in den nächsten Jahren erheblich ansteigen. Hiervon sollen vor allem die am wenigsten entwickelten Länder Sub-Sahara Afrikas profitieren. Die zusätzlichen Finanztransfers erhöhen die Chancen für Entwicklungsländer, nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen und durch positive Wachstums- und Wohlstandseffekte die Armut zu reduzieren.

Doch es gibt auch ernstzunehmende Kritik an der Ausweitung der Hilfe, und zwar aus drei Richtungen: Aus mikroökonomischer Sicht wird argumentiert, dass es für das zusätzliche Kapital nicht genügend durchführungsreife Projekte gibt (mangelnde Absorptionskapazität) und dass die Organisation des „*Aid-Business*“ den Empfängerländern übermäßige Transaktionskosten aufbürdet. Aus Sicht der politischen Ökonomie wird befürchtet (und empirisch belegt), dass ODA zu einer Reduzierung der Eigenanstrengungen führt. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der dritten Kritikrichtung, den möglichen unerwünschten makroökonomischen Nebenwirkungen von ODA, die primär unter dem Stichwort „Holländische Krankheit“ (*Dutch Disease*) diskutiert werden. Hierbei geht es darum, dass die zusätzlichen Finanzströme die langfristigen Wachstumschancen einer Volkswirtschaft verschlechtern können, wenn sich durch eine Aufwertung des realen Wechselkurses die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft verschlechtert.

Die verfügbaren empirischen und theoretischen Analysen lassen den Schluss zu, dass die Sorgen vor der Holländischen Krankheit zwar berechtigt, in der Regel aber überzogen sind. Dieser Effekt sollte daher nicht als Argument gegen eine Aufstockung der Hilfe verwendet werden. Allerdings stehen die Kapitalnehmer vor schwierigen makroökonomischen Herausforderungen, die durch zusätzliche ODA vergrößert werden. Die Geber können die Schwierigkeiten verringern, indem sie ihre Hilfszahlungen verstetigen. Empfänger von Finanztransfers müssen ihre Fiskal-, Wechselkurs- und Geldpolitik sinnvoll aufeinander abstimmen. Die negativen Auswirkungen der realen Aufwertung können verhindert werden, wenn die ODA die Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft verbessert.

Dieser Beitrag erläutert die ökonomischen Prozesse, die im Kontext einer holländischen Krankheit ablaufen, um das Bewusstsein für entwicklungspolitisch angemessene Reaktionen zu schärfen. Ziel ist es weniger, einen umfassenden Literaturüberblick zu geben, als die mit Finanztransfers verbundenen ökonomischen Anpassungsprozesse auch für Nicht-Ökonom(inn)en verständlich darzustellen.

2 Zum Begriff der Holländischen Krankheit (*Dutch Disease*)

Als Holländische Krankheit bezeichnet man das volkswirtschaftliche Phänomen, dass es durch eine reale Aufwertung der Währung zu einem Rückgang des Wachstums der produktiven Exportsektoren und damit zu einer Beeinträchtigung des langfristigen Wachstums der Volkswirtschaft insgesamt kommen kann. Der Begriff entstand 1977, als aufgrund eines Booms im niederländischen Rohstoffsektor – ausgelöst durch die Entdeckung neuer Gasvorkommen – der Gulden deutlich aufwertete und die Produktion im industriellen Sektor zurückging.

Kasten 1: Handelbare und nichthandelbare Güter

Bei der Analyse der *Dutch Disease* spielt die Unterscheidung zwischen international handelbaren und international nichthandelbaren Gütern (im Folgenden handelbare bzw. nichthandelbare Güter) eine wichtige Rolle. Dies liegt daran, dass ihre Preise unterschiedlich zustande kommen. Für handelbare Güter gibt es in der Regel einen einheitlichen Weltmarktpreis in Dollar. Handelbare Güter sind insbesondere Industrieprodukte, Agrarerzeugnisse und Rohstoffe, die auf dem Weltmarkt gehandelt werden (können).

Nichthandelbare Güter werden auf internationalen Märkten nicht ausgetauscht. Darunter fallen u. a. Immobilien und Dienstleistungen, z. B. im medizinischen und Bildungsbereich. Die Preise nichthandelbarer Güter hängen vom inländischen Angebot und der inländischen Nachfrage ab.

In den letzten Jahren haben sich die Grenzen zwischen nichthandelbaren und handelbaren Gütern jedoch verschoben. Dies ist bedingt durch sinkende Transportkosten und neue Technologien wie das Internet. So kann beispielsweise eine in den USA erstellte Röntgenaufnahme in Indien ausgewertet werden.

Kasten 2: Nominale und reale Wechselkurse

Der nominale Wechselkurs ist das Verhältnis, zu dem die Währung eines Landes in die Währung eines anderen Landes getauscht wird. Bei flexiblem Wechselkursregime passt er sich Angebot und Nachfrage an. Bei fixem Wechselkurs wird er durch Interventionen der Zentralbank konstant gehalten. Dabei wird zwischen Preis- und Mengennotierung unterschieden: Die Preisnotierung gibt an, wie viele Euro (welcher Preis) für eine Einheit ausländischer Währung, z. B. Dollar, gezahlt werden. Die Mengennotierung gibt an, wie viele Dollar (welche Menge) für einen Euro erzielt werden können. Wenn aus europäischer Sicht von einer nominalen Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar die Rede ist bedeutet dies, dass der Wechselkurs in Mengennotierung [$\$/\text{€}$] steigt und entsprechend sein Kehrwert, der Wechselkurs in Preisnotierung [$\text{€}/\text{\$}$], sinkt. Während in Europa seit der Euro-Einführung die Mengennotierung üblich ist, dominiert in den USA die Preisnotierung. Um interessierte Leser(innen), die die amerikanisch dominierte Fachliteratur heranziehen wollen, nicht zu verwirren, verwenden wir hier die Preisnotierung.

Das reale Austauschverhältnis (die sog. *Terms of Trade*) bezeichnet das Verhältnis zwischen dem Preis (-index) von Exporten und dem Preis (-index) von Importen eines Landes. Daraus folgt beispielsweise, wie viele Autos ein Entwicklungsland für eine Einheit Kupfer erhält. Die meisten Entwicklungsländer sind wirtschaftlich zu klein, als dass sie die *Terms of Trade* selbst beeinflussen könnten. Sie müssen vielmehr die Weltmarktpreise (meist in US-Dollar) hinnehmen.

Der Begriff „realer Wechselkurs“ ist nicht einheitlich belegt. In der Wirtschaftstheorie bezeichnet er oft das Verhältnis des Preisindex der handelbaren Güter zum Preisindex der nichthandelbaren Güter. Empirisch wird der reale effektive Wechselkurs gemessen als gewichteter Durchschnitt der Wechselkurse zwischen einem Land und seinen Handelspartnern, bereinigt um die Inflationsdifferenzen. Die Gewichte werden durch die Handelsanteile bestimmt.

Grund dafür war folgender:¹ Der Anstieg der Exporte führte zu einem erhöhten Zustrom an Fremdwährung ins Land. Die Devisen wurden nicht vollständig für mehr Importe ausgegeben. Stattdessen kam es zu einem Umtausch in inländische Währung, um auch nicht-handelbare Güter kaufen zu können. Dadurch wurde der Gulden stärker nachgefragt, er wertete (real) auf und die Exporte verteuerten sich. Dies schadete dem industriellen Exportsektor. Gleichzeitig flossen Ressourcen aus dem industriellen Exportsektor in den Rohstoffexportsektor und den Sektor der nichthandelbaren Güter und Dienstleistungen. Es kam also zu einer aufwertungsbedingten Verdrängung des industriellen Exportsektors.

Der eigentlich positiven Tatsache, dass mehr Geld in die Volkswirtschaft fließt und Investitionen und Konsum steigen können, steht gegenüber, dass sich die Wettbewerbsbedingungen für den heimischen Exportsektor und für Sektoren, die mit Importen konkurrieren, durch eine reale Aufwertung verschlechtern.

Kasten 3: Aserbaidschan – an *Dutch Disease* erkrankt?

Aufgrund eines kräftigen Ölbooms wuchs Aserbaidschans Wirtschaft 2005 um 26,4 % und um 34,5 % im Jahr 2006. Die Staatsausgaben stiegen sogar um 80 %. Dadurch kam es zu einer starken Erhöhung der Inflationsrate auf 14,3 % im Januar 2007 im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres und der Manat wertete gegenüber dem US-Dollar deutlich auf. Ohne ein aktives Eingreifen der Zentralbank wäre es wohl noch zu wesentlich höheren Aufwertungen gekommen. Trotzdem hat der landwirtschaftliche Exportsektor schon mit einem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit und einer Abwanderung von Arbeitskräften, z. B. in den Bausektor (nicht handelbar), zu kämpfen. Auch die Importe landwirtschaftlicher Güter nehmen stetig zu, so dass Befürchtungen laut werden, dass Aserbaidschan von einem wichtigen Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu einem Importeur werden könnte.

Weitere Faktoren verschärfen die Situation zusätzlich. Erstens wird der Boom voraussichtlich nicht von allzu langer Dauer sein, da das Land dafür nicht über ausreichende Ölreserven verfügt. Zweitens ist die Infrastruktur vor allem in ländlichen Regionen sehr unterentwickelt, so dass viele Firmen ohnehin große Wettbewerbsnachteile überwinden müssen. Drittens herrscht ein schlechtes Investitionsklima, das wenige ausländische Direktinvestitionen anlockt. Aserbaidschan hat ein sehr schlechtes Korruptionsrating und besitzt eine mächtige Führungselite, die sich zahlreiche künstliche Monopole geschaffen hat.

Im Prinzip kann eine aufwertungsbedingte Verdrängung von Exporten durch jede Art von Kapitalzuflüssen ausgelöst werden, z. B. durch einen Anstieg der Rohstoffpreise, ausländische Direktinvestitionen, Überweisungen von Migranten und Entwicklungshilfe. Wir konzentrieren uns hier auf den Fall der Entwicklungshilfe, wobei die ODA-Zuflüsse im Zusammenhang mit den übrigen Kapitalzuflüssen gesehen werden müssen.

Aufgrund des geplanten deutlichen ODA-Anstiegs zur Erreichung der *Millennium Development Goals* (MDG) wird in letzter Zeit vermehrt diskutiert, ob es dadurch zu einer aufwertungsbedingten Exportverdrängung in Entwicklungsländern kommen kann.² Die Diskussion konzentriert sich auf die stark ODA-abhängigen Länder Subsahara-Afrikas, in denen ODA-Zuflüsse aufgrund ihres hohen Anteils am Bruttoinlandsprodukt sowie an den Staatsausgaben erhebliche makroökonomische Auswirkungen haben. Manche dieser Länder erleben gleichzeitig eine starke Zunahme ihrer Exporteinnahmen durch steigende Rohstoffpreise, wodurch sich die Gefahr einer *dutch disease* erhöht.

1 Vgl. dazu auch das Modell von Corden / Neary (1982).

2 Vgl. z. B. die Arbeiten von Rajan / Subramanian (2006) sowie Gupta / Powell / Yang (2005).

Warum ist aufwertungsbedingte Exportverdrängung eine Krankheit?

Ist die Schwächung des industriellen Exportsektors für die Volkswirtschaft stets ein Problem? Schließlich erhält das betroffene Land einen Devisenzufluss (entweder im Austausch für Rohstoffexporte oder zunächst ohne Gegenleistung). Die Verlagerung von Ressourcen in den boomenden Rohstoffsektor und den Sektor der nichthandelbaren Güter zeigt letztlich nur, dass die Gewinnaussichten im Rohstoffsektor gestiegen sind bzw. dass die höheren Devisenzuflüsse nicht nur einseitig für Importe, sondern auch für inländische Produkte ausgegeben werden.

Der obige Gedankengang berücksichtigt jedoch einige Effekte nicht: Es sind vor allem drei Gründe, weswegen die verschlechterten Wettbewerbsbedingungen der exportierenden und importkonkurrierenden Sektoren zu einem Problem für eine Volkswirtschaft werden.

Kasten 4: Botsuana – ein positives Beispiel zum Umgang mit Rohstoffeinnahmen

Botsuana ist eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt, zwischen 1975 und 1999 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um jährlich durchschnittlich 10 %. Dieses schnelle Wachstum ist begründet in den hohen Erträgen aus den Diamantenexporten. Botsuana ist es mit Hilfe von angemessenen volkswirtschaftlichen Mitteln gelungen, *Dutch Disease*-Effekte weitestgehend zu verhindern. Eine Aufwertung wurde dadurch vermieden, dass große Teile der Devisenzuflüsse von der Zentralbank einbehalten wurden. 1998 erreichten die Devisenreserven 125 % des BIP. Des Weiteren gelang es, eine zu starke Ausweitung der Staatsausgaben und eine daraus resultierende hohe Inflation zu verhindern, indem bindende Investitionspläne verabschiedet wurden.

Die Regierung investierte den größten Teil der Einnahmen in Infrastruktur vor allem in ländlichen Regionen, in das Bildungssystem und den Gesundheitssektor, um so langfristiges Wachstum zu fördern. Außerdem wird der industrielle Sektor unterstützt, sodass es sogar zu einem Anstieg der industriellen Exporte und der Beschäftigung kam. Der Anteil der industriellen und landwirtschaftlichen Exporte lag 2003 bei 6,5 % und verteilte sich relativ gleichmäßig auf Kraftfahrzeuge, Textilien und Fleisch.

1993 wurde der sog. „Pula Fund“ gegründet. Er ist ein Beispiel für einen Stabilisierungsfonds mit dessen Hilfe überschüssige Devisenreserven langfristig im Ausland investiert werden können. Damit werden Staatseinnahmen, die von der inländischen Wirtschaft nicht sinnvoll aufgenommen werden können, einer produktiven Verwendung zugeführt. Außerdem ist es möglich, Rohstoffeinnahmen nach wirtschaftlichen Kriterien und nicht politischen Wünschen folgend zu investieren. Umgekehrt müssen bei drastischen Rückgängen der Diamantenexporte die Staatsausgaben zumindest kurz- und mittelfristig nicht merklich zurückgefahren werden.

Erstens ist für manche Industrien eine gewisse Mindestgröße erforderlich, damit sich die Produktion überhaupt lohnt. Diese sogenannten steigenden Skalenerträge sind oft (aber nicht immer) durch das Vorliegen eines Fixkostenblocks begründet, z. B. durch ein Vertriebsnetz oder eine Forschungsabteilung.

Zweitens zeigen die Erfahrungen der wirtschaftlich erfolgreichen Volkswirtschaften, dass die Produktion verarbeiteter Güter für den Weltmarkt positive Effekte mit sich bringt, die über die reine Güterproduktion hinausgehen. Der Wettbewerb zwingt dazu, in technischen Fortschritt zu investieren, es treten Lerneffekte durch den Kontakt mit Importeuren in Industrieländern auf („*learning-by-exporting*“) und positive Ausstrahlungseffekte auf den Rest der Volkswirtschaft können realisiert werden.

Drittens sind weder Rohstoffeinnahmen noch ODA-Zuflüsse dauerhaft, so dass jede Volkswirtschaft in eine produktive Basis investieren muss. Dies ist aber schwieriger, wenn

sich durch die Kapitalzuflüsse die Wettbewerbsbedingungen für die produktiven Sektoren verschlechtern.

Länder, die in der Vergangenheit von einem Rohstoffboom profitiert haben, haben unterschiedliche Maßnahmen getroffen, um mit dem Problem der *Dutch Disease* umzugehen:

- Verlangsamung des Booms, indem nicht alle Erträge auf einmal ins Land geholt werden. Dies kann mit Hilfe von Stabilisierungsfonds geschehen wie in Russland, Norwegen, Aserbaidschan und Botsuana (vgl. Kasten 4).
- Investitionen in Bildung und Infrastruktur, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie trotz steigender Wechselkurse aufrechtzuerhalten.
- Verbesserung von institutionellen Rahmenbedingungen, wie z. B. Korruptionsbekämpfung, Bürokratieabbau und Schaffung von größerer Rechtssicherheit, wodurch die Entwicklung des privaten produktiven Sektors ebenfalls erleichtert wird.

Im Folgenden wird detailliert untersucht, welche makroökonomischen Anpassungen ein Devisentransfer an ein Entwicklungsland auslösen kann.

3 Welche ökonomischen Prozesse laufen bei einem Devisentransfer an die Regierung eines Entwicklungslandes ab?

3.1 Optionen von Regierung und Zentralbank auf Finanztransfers zu reagieren

Bei finanzieller Zusammenarbeit handelt es sich aus makroökonomischer Sicht um einen Finanztransfer in das Entwicklungsland. Insofern sollten ODA-Zuflüsse ähnliche Effekte auslösen wie andere Kapitalzuflüsse, z. B. Direktinvestitionen oder Migrantenüberweisungen. Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings darin, dass in der Regel der Staat der Empfänger von ODA ist, während Direktinvestitionen und Migrantenüberweisungen direkt dem Privatsektor (Unternehmen und Haushalte) zufließen. Daher werden die makroökonomischen Effekte von ODA durch politische Entscheidungen entscheidend beeinflusst. In diesem Abschnitt wird erläutert, welche grundsätzlichen Handlungsoptionen für Regierung und Zentralbank bestehen.

Die Wirkungen eines Kapitaltransfers in ein Entwicklungsland hängen nicht nur von staatlichen Entscheidungen ab. Weitere bestimmende Faktoren sind: Die Flexibilität der Löhne und Preise, die Beschäftigung und Mobilität der Produktionsfaktoren (insbesondere Arbeit), die sektorale Gliederung der Wirtschaft (z. B. Exportsektor vs. Binnensektor, d. h. Sektor nichthandelbarer Güter und Dienstleistungen, formeller vs. informeller Sektor). Die im Folgenden dargestellten Prozesse beruhen auf einigen vereinfachenden Annahmen, die nicht in allen Fällen realistisch sind, aber helfen, einen Überblick über komplexe Vorgänge zu bekommen. Später werden einige dieser einschränkenden Annahmen aufgehoben.

Zunächst sei unterstellt, dass das betrachtete Entwicklungsland keinen nennenswerten Einfluss auf die Weltmarktpreise hat (kleines Land) und dass die Güter des Exportsektors nur zu einem vernachlässigbar geringen Teil selbst verbraucht werden. Für die Exporte und Importe des Entwicklungslandes gebe es feste Weltmarktpreise in Dollar. In der Währung des Entwick-

lungslandes, die wir zur Veranschaulichung „Shilling“³ nennen wollen, schwanken die Preise der Exportgüter mit dem nominalen Wechselkurs. Wir unterstellen zunächst also einen flexiblen Wechselkurs zwischen Dollar und Shilling. Zur Vereinfachung wählen wir die Mengeneinheiten der Exporte und Importe so, dass die Weltmarktpreise 1 Dollar betragen. Die *Terms of Trade*, das Verhältnis zwischen Exportpreisen und Importpreisen, sind dann konstant gleich 1. Die Shilling-Preise entsprechen dann dem (nominalen) Wechselkurs (in Preisnotierung).⁴ Die Preise der nichthandelbaren Güter und Dienstleistungen in Shilling sind ebenfalls flexibel. Das Verhältnis der Exportpreise zu den Preisen der nichthandelbaren Güter und Dienstleistungen wird in der Literatur auch „realer Wechselkurs“ genannt (siehe Kasten 2).

Wir abstrahieren zur Vereinfachung von dynamischen Effekten, insbesondere von Zinszahlungen. Vorerst unterstellen wir vollständige Mobilität der Produktionsfaktoren (insbesondere der Arbeit) zwischen den Sektoren und Vollbeschäftigung.

Erster Schritt der Analyse ist ein Transfer von Dollars an die Regierung eines Entwicklungslandes.⁵ Diese Dollars könnten nun prinzipiell sofort zur Tilgung von Auslandsschulden verwendet werden. Dies hätte keine unmittelbare Wirkung auf die Wirtschaft des Entwicklungslandes, würde aber die Schuldentragfähigkeit verbessern und den künftigen Haushaltsspielraum erweitern. Alternativ könnten die Dollars zum Kauf von Importgütern, z. B. Medikamenten oder Maschinen, verwendet werden. Der Devisentransfer würde so unmittelbar in einen Gütertransfer transformiert, ohne Auswirkung auf den Wechselkurs, die relativen Preise und das Preisniveau. Eine solche Verwendung des Transfers ist makroökonomisch unproblematisch. Gerade in den letzten Jahren wird aber ein großer Teil der ODA für nichthandelbare Güter und Dienstleistungen (insbesondere in den sozialen Sektoren) ausgegeben, worauf wir uns im Folgenden konzentrieren werden.

Wenn ODA im Empfängerland für den Kauf von nichthandelbaren Gütern oder Dienstleistungen verwendet werden soll, muss die Regierung die empfangenen Devisen in Shilling umtauschen. Dies geschieht nicht über den Markt, sondern über die Bank des Staates, die Zentralbank. Die Zentralbank schreibt der Regierung den Betrag des Transfers auf einem Shilling-Konto gut. Der Transfer, der ursprünglich eine Forderung der Regierung gegen das Ausland darstellte, wird so aufgespaltet in eine Forderung der Regierung gegen die Zentralbank und in eine Forderung der Zentralbank gegen das Ausland, in Form einer Erhöhung der Währungsreserven. Die Aktivposten der Zentralbankbilanz haben sich also in der Summe nicht verändert, entsprechend ist die Passivseite der Zentralbankbilanz, die (wenn man von einem Geschäftsbankensystem abstrahiert) der Geldmenge im Privatsektor entspricht, unverändert geblieben. Dies ist in Kasten 5 dargestellt.

Es bestehen nun vier Optionen für Regierung und Zentralbank: Die Regierung kann die Shilling-Guthaben auf dem Zentralbankkonto für nichthandelbare Güter und Dienstleistun-

3 Der Shilling ist eine Währung in mehreren ostafrikanischen Ländern, so z. B. in Tansania und Uganda. Er steht hier als Metapher für Währungen von Ländern mit hohem ODA-Zufluss.

4 Dies folgt aus dem sogenannten Gesetz des einheitlichen Preises: $p^T = e * p^{T\$}$. Hier steht p^T für den Preis(index) der handelbaren Güter in Shilling, $p^{T\$}$ für den Preis(index) der handelbaren Güter in Dollar und e für den (nominalen) Wechselkurs in Preisnotierung. Das Gesetz des einheitlichen Preises gilt, wenn sich im Handel durch sog. Güterarbitrage die Preise in allen Ländern, die dasselbe Gut konsumieren oder produzieren, angleichen. Mit der Annahme $p^{T\$} = 1$ folgt $p^T = e$.

5 Selbstverständlich ist Dollar hier nur eine Metapher, Entwicklungsländer erhalten auch Transfers in Euro oder anderen Währungen.

gen ausgeben. Der Internationale Währungsfond (IWF) nennt diese Strategie „*Spend*“. Die Zentralbank kann ihre Währungsreserven am inländischen Finanzmarkt verkaufen. Dies entspricht der sogenannten „*Absorb*“-Strategie in der IWF-Terminologie. Es bestehen natürlich auch die Optionen, beide Aktionen zu kombinieren („*Absorb & Spend*“) oder beide Aktionen zu unterlassen („*Don't Absorb & Don't Spend*“).

Strategie 1: Don't Absorb & Don't Spend

Die Strategie *Don't Absorb & Don't Spend* führt zu einem Anstieg der Devisenreserven und einem Abbau des Staatsdefizits. Allerdings erhöhen sich weder die privaten noch die öffentlichen Ausgaben und es kommt zu keinem realen Ressourcentransfer.

Diese Strategie ist nur dann sinnvoll, wenn die Devisenreserven sehr knapp sind, das Haushaltsdefizit sehr groß ist oder die Entwicklungshilfezahlungen so volatil sind, dass eine Verschiebung der Ausgaben auf später notwendig erscheint.

Kasten 5: Die Strategie <i>Don't Absorb & Don't Spend</i> in der Kontendarstellung (Ströme)	
Regierung (ohne ZB)	
(Primär-)defizit	Finanzierung
Staatsausgaben (für nichthandelbare Güter und Importe) abzgl. Steuern 0	Transfers aus dem Ausland (FZ) +1
	Δ Netto-Schulden gegenüber der Zentralbank -1
	Δ Netto- Schulden gegenüber dem inländischen Privatsektor 0
	Δ Netto-Schulden gegenüber dem Ausland 0
<p>Die Regierung muss ihr Primärdefizit, also die Ausgaben, die nicht durch Steuereinnahmen gedeckt sind, durch Transfers aus dem Ausland und durch Neuverschuldung decken. Diese Neuverschuldung wird vollzogen, indem die Regierung Wertpapiere (sogenannte Bonds) herausgibt, die von der Zentralbank, vom Privatsektor oder vom Ausland gekauft werden können.</p> <p>Wenn die Regierung den Dollar-Transfer nicht unmittelbar für mehr Importe oder zur Begleichung von Auslandsschulden einsetzen will, dann tauscht sie den Dollar-Betrag bei der Zentralbank in inländische Währung, wodurch ihr Guthaben bei der Zentralbank steigt bzw. ihre Netto-Schulden gegenüber der Zentralbank sinken.</p>	
Zentralbank (ZB)	
Veränderung der Aktiva	Veränderung der Passiva
Δ Währungsreserven +1	Δ Geldmenge 0
Δ inländisches Nettovermögen der ZB = Δ inländische Staatspapiere (in Händen der ZB) abzgl. Guthaben des Staates -1	
<p>Δ steht für Veränderungen von Beständen</p> <p>In obigem vereinfachtem Modell (ohne Geschäftsbankensektor) wird die Geldmenge, die eine Forderung des Privatsektors gegen die Zentralbank darstellt, nur durch Währungsreserven (inklusive Gold), also Forderungen der Zentralbank gegenüber dem Ausland, und (Netto-)Forderungen der Zentralbank gegenüber der Regierung gedeckt.</p> <p>Wenn die Regierung Dollar gegen inländische Währung tauscht, bleibt die Länge der Aktivseite unverändert. Es liegt lediglich ein sogenannter Aktivtausch vor: Die Währungsreserven erhöhen sich um den Betrag, um den die Schulden der Regierung bei der Zentralbank sinken bzw. das Guthaben der Regierung steigt. Dementsprechend gibt es keine Veränderung der Passivseite, der Geldmenge.</p>	

Strategie 2: Don't Absorb & Spend

Betrachten wir nun die Strategie *Spend*, auch dargestellt in Kasten 6. Wenn die Regierung von ihrem Zentralbankkonto Geld abhebt und damit nichthandelbare Güter nachfragt (z. B. durch höhere Investitionen in Infrastruktur und Humankapital), so hat das zwei Wirkungen:⁶

- 1) Zentralbankgeld gelangt in den privaten Sektor, so dass die Geldmenge im privaten Sektor steigt,
- 2) die Nachfrage nach im Land produzierten nichthandelbaren Gütern steigt.

Die Geldmengenerhöhung führt bei flexiblen Preisen zu einer Erhöhung des Preisniveaus. Dieser erste Effekt wirkt gleichmäßig auf alle Sektoren und führt daher nicht zu sektoriellen Verschiebungen.

Der zweite Effekt, die höhere Nachfrage nach lokalen Gütern, führt zu einer Preiserhöhung der Inlandsgüter **relativ** zu den Preisen der Exportgüter (der reale Wechselkurs sinkt). Der Preis der Binnengüter muss auch **absolut** ansteigen, da er relativ zum Preis der Exportgüter steigt und da das Preisniveau insgesamt steigt. Es ist zu erwarten, dass in den meisten Fällen auch der Preis der Exportgüter (der nominale Wechselkurs) **absolut** steigt (wenn der relative Effekt nicht zu groß ist), da sich das Preisniveau insgesamt erhöht hat.

Da sich nun wegen der relativ höheren Preise im Binnensektor höhere Gewinne erzielen lassen, werden mehr Ressourcen (Arbeitskräfte) für den Binnensektor nachgefragt und der Exportsektor schrumpft relativ zum Binnensektor. Das Entwicklungsland kann aber im Rahmen der *Spend*-Strategie ohne Absorption insgesamt nicht mehr Ressourcen verbrauchen, es haben sich lediglich Verschiebungen der Nachfrage vom Exportsektor in den Binnensektor und vom privaten Sektor in den öffentlichen Sektor (finanziert durch eine „Inflationssteuer“) ergeben.

Um die Inflationseffekte durch die erhöhte Geldmenge zu verringern, kann die Zentralbank sogenannte Sterilisierungsmaßnahmen ergreifen, die dazu führen, dass die Geldmenge wieder sinkt. Dazu verkauft die Zentralbank inländische Staatspapiere gegen inländisches Geld. Dies führt dazu, dass sich die Bilanz der Zentralbank auf der Aktiv- und der Passivseite gleichermaßen verkürzt. Die Sterilisation hat bei statischer Betrachtung keine größeren Auswirkungen. Bei dynamischer Betrachtung (von der bisher abstrahiert wurde) ist jedoch zu berücksichtigen, dass das höhere Angebot an Staatspapieren im Privatsektor zu einem Kursverlust bzw. zu einem Anstieg der effektiven Zinsen führt. Die Zinsen müssen steigen, damit die Wirtschaftssubjekte im Privatsektor bereit sind, mehr Staatspapiere in ihrem Portfolio zu halten. Die höheren Zinsen auf Staatspapiere würden bei sonst unveränderten Umständen jedoch zu einer Verdrängung von privaten Investitionen in die Realwirtschaft führen, da nun eine Investition in Staatspapiere rentabler erscheint.

⁶ Interessierte Leser(innen) mit wirtschaftswissenschaftlichen Grundkenntnissen seien auf das Modell im Anhang verwiesen.

Kasten 6: Die Strategie <i>Don't Absorb & Spend</i> in der Kontendarstellung	
Regierung (ohne ZB)	
(Primär-)defizit	Finanzierung
Staatsausgaben (für nicht handelbare Güter und Importe) abzgl. Steuern +1	Transfers aus dem Ausland (FZ) +1
	Δ Netto-Schulden gegenüber der Zentralbank 1+1=0
	Δ Netto- Schulden gegenüber dem inländischen Privatsektor 0
	Δ Netto-Schulden gegenüber dem Ausland 0
Die Regierung hebt ihr durch den Devisenumtausch erworbenes Guthaben bei der Zentralbank wieder ab und erhöht die Ausgaben für nichthandelbare Güter, d. h. sie kauft dem Privatsektor diese Güter ab. Dadurch steigt die Netto-Verschuldung der Regierung bei der Zentralbank.	
Zentralbank (ZB)	
Veränderung der Aktiva	Veränderung der Passiva
Δ Währungsreserven +1	Δ Geldmenge +1
Δ inländisches Nettovermögen der ZB = Δ inl. Staatspapiere (in Händen d. ZB) abzgl. Guthaben des Staates -1+1=0	
Ein Anstieg der Nettoverschuldung der Regierung bei der Zentralbank ist gleichbedeutend mit einem Anstieg des inländischen Nettovermögens der Zentralbank und einer Bilanzverlängerung der Aktivseite der Zentralbankbilanz. Entsprechen verlängert sich auch die Passivseite, die Geldmenge steigt.	
Privatsektor (Unternehmen und Haushalte, ohne Banken)	
private Ersparnis: Anlage	private Ersparnis: Quelle
Δ Geldmenge +1	Einkommen (entspricht Produktion von nichthandelbaren Gütern und Exporten) abzgl. Steuern und private Ausgaben (für nichthandelbare Güter und Importe)
Δ inl. Staatspapiere (in Händen der Privaten) 0	= Ersparnis der Privaten +1
Der Anstieg der Geldmenge in Händen der privaten Wirtschaftssubjekte bedeutet (sofern nicht anderweitig kompensiert) eine höhere (nominale) private Ersparnis. Die Veränderungen in den drei betrachteten inländischen Sektoren spiegeln sich in der Zahlungsbilanz wieder. Die Zahlungsbilanz (in der hier wiedergegebenen Form) entsteht durch Addition der obigen drei Konten und Kürzen von identischen Posten auf beiden Seiten. Die inländischen Staatspapiere in Händen der Privaten entsprechen den Nettoschulden der Regierung gegenüber dem Privatsektor. Die inländischen Staatspapiere in Händen der Zentralbank abzgl. Guthaben des Staates entsprechen den Netto-Schulden des Staates gegenüber der Zentralbank. Auch die Geldmenge und die Steuern kürzen sich heraus. Übrig bleiben die Transaktionen mit dem Ausland.	
Zahlungsbilanz	
Zentralbank	Regierung und Privatsektor
Δ Währungsreserven = Devisenbilanz +1	Einkommen abzgl. private und staatliche Ausgaben = Exporte minus Importe = Handelsbilanz 0
	Transfers aus dem Ausland = laufende Übertragungen +1
	Δ staatliche Auslandschulden = Kapitalbilanz 0
Das Einkommen der inländischen Wirtschaftssubjekte (unabhängig davon, wie es sich in Löhne und Gewinne aufteilt), entspricht der Produktion von nichthandelbaren Gütern, Dienstleistungen und Exporten (wenn wie hier von Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus dem Ausland und laufenden Transfers an den Privatsektor abgesehen wird). Werden von der inländischen Produktion die Ausgaben der Regierung und des Privatsektors für nichthandelbare Güter und Importe abgezogen, so verbleibt die Differenz zwischen Exporten und Importen, die sogenannte Handelsbilanz. Aus der Zahlungsbilanz ist ersichtlich, dass die reale Wirtschaft des Entwicklungslands keinen Ressourcentransfer aus dem Ausland erhalten hat. Der Dollartransfer hat zu einer Erhöhung der Währungsreserven der Zentralbank geführt.	

Aus Sicht des IWFs ist diese Strategie am problematischsten, weil der Privatsektor zurückgedrängt wird und ein Anstieg der Inflation (wenn nicht sterilisiert wird) droht, ohne dass durch ODA der Konsum und die Investitionen erhöht werden. Zwar hat die *Spend*-Strategie zur Folge, dass sich die Währungsreserven erhöhen, eine durch Inflationssteuer finanzierte Erhöhung der öffentlichen Nachfrage wäre jedoch auch ohne einen Finanztransfer von außen möglich gewesen.

Strategie 3: Absorb & Don't Spend

Bisher wurde unterstellt, dass die Zentralbank die neu erworbenen Währungsreserven „anhäufen“. Wenn die Zentralbank jedoch die Währungsreserven im Inland verkauft (Strategie *Absorb* in der IWF-Terminologie), ergeben sich wiederum zwei Wirkungen:

- 1) Dem Privatsektor wird inländisches Geld entzogen, da die Dollar mit Shilling bezahlt werden,
- 2) das Angebot an Dollar im Entwicklungsland steigt.

Wiederum unter der Annahme von Vollbeschäftigung, Preisflexibilität und Faktormobilität folgt: Der Entzug von inländischem Geld aus dem privaten Sektor führt zu einem sinkendem Preisniveau. Dieser erste Effekt wirkt wiederum neutral auf Angebot und Nachfrage in den Sektoren. Der zweite Effekt, das höhere Dollar-Angebot führt dazu, dass Importe **relativ** billiger als die nichthandelbaren Güter werden (also der reale Wechselkurs sinkt) und die Gewinne im Exportsektor relativ sinken. Daraus resultiert, dass der Exportsektor relativ zum Binnensektor schrumpft.

Der Preis der Exportgüter (der nominale Wechselkurs) muss in dieser Konstellation **absolut** sinken, da das Preisniveau sinkt und da der Exportpreis relativ zum Preis der Binnengüter abnimmt. In den meisten Fällen wird allerdings auch der Preis der Binnengüter **absolut** sinken

Der Unterschied zur *Spend*-Strategie ist jedoch, dass nun ein realer Transfer vom Ausland ins Entwicklungsland stattgefunden hat.⁷ Das Entwicklungsland kann nun mehr Importe und mehr Inlandsgüter verbrauchen (Letzteres weil Ressourcen vom Exportsektor zum Binnensektor umverteilt wurden). Allerdings ist der Transfer realiter dem Privatsektor, nicht dem Staat zugeflossen.

Die Strategie *Absorb & Don't Spend* kann kurzfristig sinnvoll sein, um vorhandene Haushaltsdefizite auszugleichen oder eine bestehende hohe Inflation zu bekämpfen. Einige Länder wandten diese Strategie auch an, um die ambitionierte Zielvorgabe des IWF von jährlichen Inflationsraten zwischen 3–5 % zu erfüllen. Im Jahr 2005 wurde jedoch entschieden, diese auf 5–10 % nach oben zu setzen, um ein größeres Wachstum der Staatsausgaben zu ermöglichen.

7 Der Schluss, dass der Devisenverkauf durch die Zentralbank an den Privatsektor zu einem realen Transfer ins Entwicklungsland führt, beruht auf der Annahme, dass die Wirtschaftssubjekte im Entwicklungsland kein Vermögen in Form von Dollar halten wollen. Dies ist nicht unbedingt realistisch. Zwar würde auch ein portfoliotheoretisches Modell, in dem Fremdwährungsanlagen modelliert sind, wie etwa Branson (1977), die Aussage liefern, dass ein höheres Angebot an Dollars bewirkt, dass der Wechselkurs nominal sinkt. Wenn jedoch die Ersparnis (wertmäßig) unverändert bliebe, käme es zu keinem Transfer ins Entwicklungsland, lediglich zu einer anderen Zusammensetzung des Vermögens des Privatsektors.

Kasten 7: Die Strategie <i>Absorb & Don't Spend</i> in der Kontendarstellung	
Regierung (ohne ZB)	
(Primär-)defizit	Finanzierung
Staatsausgaben (für nichthandelbare Güter und Importe) abzgl. Steuern	Transfers aus dem Ausland (FZ)
0	+1
	Δ Netto-Schulden gegenüber der Zentralbank
	-1
	Δ Netto- Schulden gegenüber dem inländischen Privatsektor
	0
	Δ Netto-Schulden gegenüber dem Ausland
	0
Die Regierung ändert nichts an dem durch den Devisenumtausch erworbenen Guthaben bei der Zentralbank.	
Zentralbank (ZB)	
Veränderung der Aktiva	Veränderung der Passiva
Δ Währungsreserven	Δ Geldmenge
+1-1=0	-1
Δ inländisches Nettovermögen der ZB = Δ inländische Staatspapiere (in Händen der ZB) abzgl. Guthaben des Staates	
-1	
Die Zentralbank verkauft die von der Regierung erhaltenen Währungsreserven an den Privatsektor weiter. Dadurch verkürzt sich die Zentralbankbilanz. Die Geldmenge im Privatsektor sinkt, da die privaten Wirtschaftssubjekte der Zentralbank Dollars mit inländischer Währung abkaufen.	
Privatsektor (Unternehmen und Haushalte, ohne Banken)	
private Ersparnis: Anlage	private Ersparnis: Quelle
Δ Geldmenge	Einkommen (entspricht Produktion von nicht-handelbaren Gütern und Exporten) abzgl. Steuern und priv. Ausgaben (für nicht handelbare Güter und Importe)
-1	
Δ inl. Staatspapiere (in Händen der Privaten)	= Ersparnis der Privaten
0	-1
Da die Geldmenge im Privatsektor abgenommen hat und hier unterstellt wird, dass die privaten Wirtschaftssubjekte die Dollars nicht behalten wollen, sondern für Importe ausgeben, nimmt die (nominale) private Ersparnis ab. (Die Annahme, dass die privaten Wirtschaftssubjekte keine Dollars sparen, ist hier entscheidend für das Ergebnis. Sie wurde getroffen, um grob mit dem vom IWF präsentierten Schema konsistent zu bleiben.) Die Abnahme der Ersparnis vollzieht sich dadurch, dass der Privatsektor mehr Importe nachfragt (oder/und weniger exportiert).	
Zahlungsbilanz	
Zentralbank	Regierung und Privatsektor
Δ Währungsreserven = Devisenbilanz	Einkommen abzgl. private und staatliche Ausgaben = Exporte minus Importe = Handelsbilanz
+1-1=0	-1
	Transfers aus dem Ausland = laufende Übertragungen
	+1
	Δ staatliche Auslandschulden = Kapitalbilanz
	0
Aus der Zahlungsbilanz ist ersichtlich, dass die Differenz zwischen Exporten und Importen abgenommen hat. Der Dollartransfer hat also zu einem Ressourcentransfer geführt.	

Strategie 4: Absorb & Spend

Die Kombination beider Strategien (*Absorb & Spend*) gewährleistet, dass es zu einem realen Transfer vom Ausland zum Staatssektor des Entwicklungslands kommt, damit höhere Ausgaben z. B. für Infrastruktur, Gesundheit und Bildung getätigt werden können. Die in den beiden vorausgehenden Kästen dargestellten Vorgänge laufen also gleichzeitig ab. Diese Strategie entspricht der ursprünglichen Idee der öffentlichen Entwicklungshilfe. Die Wirkungen beider Effekte auf das Preisniveau heben sich auf, es kommt also weder zu Inflation noch zu Deflation. Die Wirkungen auf die relativen Preise verstärken sich: der reale Wechselkurs (das Preisverhältnis von Exportpreisen zu Binnenpreisen) sinkt sowohl bei *Spend* als auch bei *Absorb*, der Exportsektor schrumpft also relativ zur Binnenwirtschaft. Der nominale Wechselkurs (Preis der Exportgüter) steigt bei *Spend* und sinkt bei *Absorb*. Diese Effekte heben sich also zumindest partiell auf.

Kasten 8: Die vier Strategien zum Umgang mit ODA im Überblick		
	<i>Absorb</i>	<i>Don't Absorb</i>
<i>Spend</i>	Zentralbank verkauft die Devisen und Regierung gibt ODA aus Geldmenge und Devisenreserven bleiben unverändert Reale Währungsaufwertung Realer Ressourcentransfer	Zentralbank behält die Devisen und Regierung gibt ODA aus Geldmenge und Devisenreserven steigen an (Inflationsrisiko) Reale Währungsaufwertung Verdrängung des Privatsektors Kein realer Ressourcentransfer
<i>Don't Spend</i>	Zentralbank verkauft die Devisen, aber die Regierung gibt ODA nicht aus Geldmenge sinkt (deflatorischer Effekt) und Devisenreserven bleiben unverändert Reale Währungsaufwertung Realer Ressourcentransfer	Zentralbank behält die Devisen und Regierung gibt ODA nicht aus Geldmenge bleibt unverändert und Devisenreserven steigen an Keine reale Währungsaufwertung Kein realer Ressourcentransfer

3.2 Einige Erweiterungen

Immobilie Fachkräfte

Einige der oben getätigten restriktiven Annahmen lassen sich lockern, ohne dass die Analyse zu unübersichtlich wird. Ist ein Teil der Arbeitnehmer in den jeweiligen Sektoren nicht mobil⁸, so wirkt sich eine höhere Nachfrage nach dem Produkt des Sektors nicht in einer relativ höheren Beschäftigung, sondern höheren Löhnen für die immobilen Fachkräfte aus. Immobil sind meist Arbeitnehmer mit höherer fachlicher Ausbildung. Beispiels-

⁸ In der Außenhandelstheorie als „*Specific Factors Model*“ bekannt.

weise können Ingenieure nur begrenzt als Lehrer arbeiten und umgekehrt. Folge eines solchen Lohnanstiegs wäre eine höhere Ungleichheit der Einkommen.

Informeller Binnensektor

Es sei unterstellt, dass sich im Binnensektor ein formeller und ein informeller Sektor unterscheiden lassen, und dass die Regierung nur Güter und Dienstleistungen aus dem formellen Sektor nachfragt. Die *Don't Absorb & Spend*-Strategie führt dann dazu, dass Ressourcen aus dem Exportsektor und aus dem informellen Binnensektor in den formellen Sektor verlagert werden. Die *Absorb & Don't Spend*-Strategie hingegen führt dazu, dass Ressourcen aus dem Exportsektor in den formellen und den informellen Sektor verlagert werden.

Konjunkturelle Unterbeschäftigung

Unterstellt man keynesianische Verhältnisse im formellen Binnensektor, insbesondere rigide Preise und (konjunkturelle) Unterbeschäftigung, d. h. freie Produktionskapazitäten, so ist die mit der *Spend*-Strategie verbundene Geldmengenerhöhung nicht mehr neutral, sondern wirkt expansiv. Denn im formellen Binnensektor können nun die rigiden Preise nicht sofort als Reaktion auf mehr verfügbares Geld ansteigen. Die erhöhte Nachfrage führt bei freien Kapazitäten zu einer höheren Produktion. Umgekehrt führt die Geldmengenverringerung bei der *Absorb*-Strategie zu einem kontraktiven Effekt im formellen Binnensektor.

Da die *Absorb*-Strategie zu einer Ausweitung des informellen Sektors führt und bei rigiden Preisen zusätzlich der deflatorische Effekt kontraktiv auf den formellen Binnensektor wirkt, liegt es nahe, dass einige Regierungen nur die *Spend*-Strategie wählen und Währungsreserven anhäufen. Dadurch wird der reale Transfer jedoch unterbunden.

Kasten 9: Gross Foreign Exchange Reserves of Developing Countries 1996–2004 (\$ billions)					
Gross Foreign Exchange Reserves of Developing Countries 1996-2004 (\$ billions)					
Group	1996	1998	2000	2002	2004e
All Developing Countries	519	588	668	922	1592
East Asia & Pacific	200	233	273	408	775
South Asia	25	33	43	80	142
Sub-Saharan Africa	21	27	34	35	58

Source: World Bank, *Global Development Finance* 2005, Table A.48 'e' means estimated.

Quelle: World Bank, *Global Development Finance* 2005, Table A.48 'e' means estimated

In den letzten 10 Jahren haben viele Entwicklungsländer vermehrt Devisenreserven aufgebaut. In einigen armen Ländern wurde auch die ODA nicht vollständig absorbiert, um eine Aufwertung zu verhindern.

Fixe Wechselkurse

Bei fixen nominalen Wechselkursen ist die Zentralbank verpflichtet, Druck auf den nominalen Wechselkurs durch Kauf oder Verkauf von Devisen zu lindern. Die Zentralbank muss also den Anstieg des nominalen Wechselkurses in Folge einer Erhöhung der Staatsausgaben **immer** mit Verkauf von Währungsreserven begleiten. Folglich ist es nicht möglich, *Spend* von *Absorb* zu trennen.

3.3 Welche makroökonomischen Konsequenzen hatte ODA in der Praxis?

Nur wenige empirische Untersuchungen konnten die typischen Effekte der Holländischen Krankheit nachweisen. In der Praxis ist es vielmehr so, dass oft die genau entgegengesetzten Effekte aufgetreten sind. Dies liegt daran, dass kaum ein Empfängerland der Lehrbuch-Strategie gefolgt ist (*Absorb & Spend*). Nicht zuletzt aus Angst vor einer realen Aufwertung sind die meisten Empfängerländer auf eine der drei anderen Strategien ausgewichen. Häufig war sogar eine Abwertung zu beobachten, was zur Förderung von Exporten beigetragen hat. Ghana und Äthiopien haben die ODA kaum absorbiert und ausgegeben sondern ihre Devisenreserven erhöht, ihr Staatsdefizit gesenkt und die Inflation bekämpft. Mosambik, Uganda und Tansania hingegen haben mehr ODA ausgegeben als absorbiert, was zu steigenden Inflationsraten führte. In Uganda und Tansania reagierten die Zentralbanken mit Sterilisierungsmaßnahmen, wodurch die Inflation wieder zurückging, aber Investitionen im privaten Sektor durch die steigenden Zinsen verdrängt wurden.

Kasten 10: Ghana – Don't Absorb & Don't Spend

Die Entwicklungshilfeszahlungen an Ghana haben seit den 70er Jahren deutlich zugenommen, wobei die Zahlungen von Jahr zu Jahr relativ stark schwanken. Sie stiegen von \$ 7 pro Kopf auf \$ 37 pro Kopf 1996 und \$ 61 im Jahr 2004. Der Anteil am BIP betrug 2004 15,2 %. Der Anteil der Entwicklungshilfe an den Staatsausgaben stieg von 12 % in den 70er Jahren auf 102,8 % 1991 und lag 2004 bei 57,7 %. Aufgrund der in Ghana extrem hohen Volatilität der Hilfszahlungen entschied sich die Regierung, als 2003 die ODA erneut erhöht wurde, das Geld nicht mehr auszugeben. Auch die Zentralbank behielt einen Großteil der ausländischen Devisen und verkaufte nur einen sehr geringen Anteil, sodass es nur zu einer minimalen Aufwertung kam.

Kasten 11: Uganda – Don't Absorb & Spend

In Uganda machte die Entwicklungshilfe 2004 17 % des BIP (\$ 41,7 pro Kopf) aus und hatte einen Anteil von 73 % an den Staatsausgaben. Aus Angst vor einer nominalen Währungsaufwertung wurde die Hilfe nicht absorbiert, sondern nur ausgegeben. Um die Geldmenge zu kontrollieren und eine Inflation zu verhindern, brachte die Regierung zahlreiche Staatsanleihen heraus. Es gelang jedoch nicht, langfristig eine Erhöhung der Preise zu verhindern, so dass es trotzdem zu einem Anstieg des realen Wechselkurses kam.

Nachdem Uganda 1998 650 Mio. US\$ Schulden erlassen worden waren, erhöhte sich die Staatsverschuldung durch die Emission von Staatsanleihen wieder stark. Dem privaten Sektor stand dadurch immer weniger Kapital zu Verfügung, da die Banken einen zunehmenden Anteil ihres Vermögens in Staatsanleihen investierten. Die privaten Akteure mussten daher hohe Zinsen in Kauf nehmen, um einen Kredit zu erhalten. Dies führte zu einem Rückgang der privaten Investitionen. Durch den Aufwertungsdruck und die steigenden Staatsschulden scheiterte diese Strategie letztendlich und die Zentralbank sah sich gezwungen, Devisenreserven abzubauen. Die nun erhebliche Aufwertung in sehr kurzer Zeit verursachte weitere Kosten. Die Aufwertung konnte also nicht verhindert, sondern nur verschoben werden.

Kasten 12: Länderbeispiele für den makroökonomischen Umgang mit steigenden ODA-Zuflüssen in den Jahren 2000–2004			
	Absorbiert	Ausgegeben	Änderung des realen Wechselkurses
Ghana	0 %	7 %	0,5 %
Äthiopien	20 %	0 %	-2,1 %
Tansania	0 %	91 %	-9,8 %
Uganda	27 %	74 %	-6,3 %
Mosambik	66 %	100 %	-6,4 %

Quelle: IMF (2005)

4 Implikationen für die Entwicklungszusammenarbeit

4.1 *Dutch Disease* durch Entwicklungshilfe?

Wie in Kapitel 2 bereits erwähnt, kann argumentiert werden, der Exportsektor habe mehr positive (externe) Effekte auf die Binnenwirtschaft als umgekehrt, etwa weil Verfahren, die für die Produktion weltmarktgeeigneter Güter notwendig sind, Nachahmung bei den Produzenten lokaler Güter finden. Träfe dies uneingeschränkt zu, könnte der Finanztransfer tatsächlich zu einer *Dutch Disease* führen, zu einer aufwertungsinduzierten Verdrängung des Exportsektors, in Analogie zur Beeinträchtigung des niederländischen Exportsektors nach der Entdeckung von Nordseegas in den 1960er Jahren.

Bei Devisenzuflüssen spielt aber eine erhebliche Rolle, **für welche Maßnahmen der Transfer verwendet wird**. Bisher wurde nur der Transfer als solcher betrachtet, ohne auf die Verwendung einzugehen. Führt der Finanztransfer durch erhöhte staatliche Nachfrage nach nichthandelbaren Gütern und Dienstleistungen zu höheren Investitionen in Infrastruktur (Straßen, Telefonnetze) und in Humankapital (Bildung und Gesundheit) oder zu mehr privaten Investitionen, etwa aufgrund höherer Rechtssicherheit nach einer Justizreform, so können verlorengegangene Lerneffekte aufgrund der Einschränkung des Exportsektors leicht überkompensiert werden.

Schlechte Investitionen (etwa Schulgebäude, ohne dass es dafür Lehrer, Bücher und geeignete Lehrpläne gibt) sind allerdings nicht nur nutzlos, sondern schädlich (wegen der Exportverdrängung). Aus dem Gesagten folgt nicht, dass Entwicklungszusammenarbeit (EZ) generell nur produktivitätssteigernd sein sollte. Nicht produktivitätssteigernd und insofern unproduktiv wären beispielsweise Gesundheitsmaßnahmen, die nur nicht mehr arbeitsfähigen Menschen zu Gute kämen. „Unproduktive“ Maßnahmen sollten jedoch durch „produktive“ kompensiert werden, d. h. das Verhältnis zwischen beiden Typen muss stimmen.

Es muss auch beachtet werden, dass zwischen realer Aufwertung und dem Eintreten des gewünschten entwicklungspolitischen Effekts eine zeitliche Lücke klaffen kann. So tritt die Wirkung von neuen Verkehrsverbindungen unmittelbar ein, während Bildungsmaßnahmen möglicherweise erst einige Jahre später die Arbeitsproduktivität erhöhen.

Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass der größte Teil der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) nicht als Geschenk in Form eines einmaligen Finanztransfers gegeben wird, sondern meist in Form eines Kredits, wo einem Devisenzufluss spätere entsprechende Devisenabflüsse (inklusive Zinsen) gegenüberstehen. Die reale Aufwertung ist dann nur vorübergehend, muss aber dennoch beim makroökonomischen Management mitbedacht werden.

Während es normalerweise nicht möglich ist, Schenkungen in der Währung des Entwicklungslandes vorzunehmen, da die Währung von Entwicklungsländern meist nicht außerhalb des entsprechenden Landes gehalten wird (anders als der US-Dollar), ist es durchaus möglich, Kredite in Lokalwährung zu gewähren. Die Kreditaufnahme kann dann im Entwicklungsland erfolgen, gegebenenfalls auch durch eine Institution, die in Augen der Bürger kreditwürdiger ist als die eigene Regierung (z. B. die Weltbank).

Eine Möglichkeit Schenkungen in Dollar für Entwicklungsländer nutzbar zu machen, ohne dass es zur Exportverdrängung kommt, ist die Verwendung für globale öffentliche Güter, z. B. für den Klimaschutz oder für die Erforschung von Medikamenten gegen Tropenkrankheiten.⁹

4.2 Die Rolle der einzelnen Akteure

Empfängerländer

Grundsätzlich ist zuerst das Empfängerland für die Verwendung der ODA-Zuflüsse verantwortlich. Grundlage dafür sollte eine ausgearbeitete Armutsbekämpfungsstrategie sein. Prinzipiell sollten die Empfängerländer durch ihre **monetären und fiskalischen Politikmaßnahmen** sicherstellen, dass die ODA-Zuflüsse absorbiert und ausgegeben werden. Die anderen Strategien könnten allerdings kurzfristig sinnvoll sein, um makroökonomische Ungleichgewichte zu bekämpfen. Wenn eine Ausweitung der Absorption nicht möglich ist, dann sollten die Finanzzuflüsse nicht weiter gesteigert werden.

Damit stellt sich die Frage, wo die Grenzen der Absorption und damit einer Steigerung der ODA liegen. Viele Entwicklungsländer haben die ODA-Zuflüsse aus Angst vor der Holländischen Krankheit nicht absorbiert. Absorption war in diesem Kontext makroökonomisch definiert worden als Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits (zum Begriff siehe Kasten 10 im Anhang). Hiervon zu unterscheiden ist der **mikroökonomische Begriff der Absorptionskapazität** eines Landes, worunter man die Kapazität eines Landes versteht, rentable Investitionsprojekte zu planen und durchzuführen. Bei zunehmenden Kapitalzuflüssen ist in der Regel davon auszugehen, dass die Ertragsraten zusätzlicher Projekte sinken. Sobald die ODA einen bestimmten, von Land zu Land unterschiedlichen, Anteil am Bruttoinlandsprodukt überschreitet, stiften zusätzliche Kapitalzuflüsse keinen hinreichenden Nutzen mehr, um die negativen Effekte der Holländischen Krankheit überzukompensieren. Der Anteil hängt entscheidend davon ab, in welchem Maße es einem Land gelingt, trotz Kapazitätsengpässen rentable Projekte durchzuführen, mithin die Hilfe im mikroökonomischen Sinne zu absorbieren. Beide Absorptionsbegriffe hängen zusammen. Ist ein Land nicht (mehr) in der Lage, zusätzliche rentable Investitionsprojekte zu planen und durchzuführen, dann sollte

⁹ Vgl. dazu Hofmann / Zattler (2006).

ODA im Sinne eines Finanztransfers nur sehr vorsichtig erhöht werden, da die Gefahr von *Dutch Disease* besonders hoch ist. Gleichzeitig steigt der Bedarf nach Beratung und technischer Hilfe, die in der Regel unter anderem dazu dient, genau die Planungs- und Durchführungskapazitäten im Empfängerland zu erhöhen.

Der internationale Währungsfonds

Die Rolle des IWFs in Niedrigeinkommensländern beschränkt sich nicht auf die Vergabe von kurzfristigen Krediten. Vielmehr gibt der IWF auch makroökonomische Beratung und signalisiert nach Überprüfung der makroökonomischen Politik eines Landes, ob das Land für Budgethilfe (also Hilfe die direkt in den Staatshaushalt fließt und nicht in gebergesteuerte Projekte) geeignet ist. Darüber hinaus ist Beratung, was die „produktive“ Verwendung von Finanztransfers ist, eines der wichtigsten Elemente der Strategie des IWFs für die Niedrigeinkommensländer.

Eine wichtige Rolle spielen auch Inflationsziele. Ein zu ambitioniertes Inflationsziel kann verhindern, dass Transfers ausgegeben werden. Wie oben schon erwähnt, ist es daher zu begrüßen, dass die Empfehlungen des IWF für die jährlichen Inflationsraten in Niedrigeinkommensländern auf 5–10 % gelockert wurden.

Die Geber

In der Vergangenheit, insbesondere während des Kalten Krieges, wurde oft zu wenig Wert von Geberseite auf Produktivität und Effektivität der EZ gelegt. Insbesondere die Anstrengungen im Anschluss an die Pariser Erklärung zur Steigerung der „*aid effectiveness*“ zeigen aber den hohen aktuellen Stellenwert dieses Problems in der Geberdiskussion.

Zu unterscheiden ist zwischen kleineren (meist bilateralen) Gebern, die aufgrund ihrer komparativen Vorteile eine bestimmte Leistung im Entwicklungsland anbieten, und großen Gebern (wie z. B. der Weltbank), die einen umfangreichen Teil des gesamten Leistungsportfolios anbieten. Je größer der Anteil des Gebers am Portfolio ist, desto mehr müssen die makroökonomischen Auswirkungen von Hilfszahlungen von den Gebern bedacht werden. Aber auch spezielle Leistungen der Geber, wie *Poverty Reduction Strategy Paper* (PRSP)-Beratung sollten die makroökonomischen Auswirkungen der Verwendung von ODA strategisch berücksichtigen.

Eine reale Aufwertung als Folge steigender ODA-Zuflüsse ist nicht völlig vermeidbar, wenn die Hilfe absorbiert und ausgegeben wird. Die Frage ist, was getan werden kann, um die Konsequenzen der Aufwertung zu begrenzen. Die Zuflüsse sollten dazu verwandt werden, die **Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft zu verbessern**, um dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten handelbarer Güter zu verbessern und so die reale Aufwertung zu kompensieren. Aus makroökonomischer Sicht empfehlen sich also Investitionen in die wirtschaftliche Infrastruktur, in produktive Sektoren oder in die Ausbildung von Fachkräften. Auch Sektoren, bei denen die direkte Armutsrelevanz leichter vermittelbar ist, also Investitionen in soziale Sektoren (Bildung, Gesundheit) haben produktive Auswirkungen, die sich allerdings teilweise erst nach einer längeren Zeitdauer einstellen. Der richtige Mix ist hier entscheidend.

Wenn die ODA-Zuflüsse für **zusätzliche Importe** ausgegeben werden, entsteht keine aufwertungsbedingte Verdrängung des Exportsektors, da keine Devisen getauscht werden.¹⁰ Diese Strategie steht jedoch in Widerspruch zu dem Anspruch vieler Geber, möglichst viele inländische Ressourcen im Empfängerland zu nutzen (lokale Fachkräfte, lokale Zulieferbetriebe). In Entwicklungsländern, die bei strategischen Ressourcen an ihre Grenzen stoßen (also beispielsweise nicht über genügend ausgebildete Fachkräfte verfügen), ist es aus makroökonomischer Sicht sinnvoll, importierte Güter und Fachkräfte einzusetzen, bis die Engpässe im Inland beseitigt sind.

4.3 Fazit

Solange die zusätzlichen Kapitalströme in rentable Projekte umgesetzt werden können, mit denen die produktive Basis der Volkswirtschaft gestärkt und strategische Kapazitätsengpässe überwunden werden, sollte die berechtigte Sorge vor der Holländischen Krankheit nicht als Argument gegen eine Steigerung der Entwicklungshilfe verwendet werden. Allerdings müssen die Entscheidungsträger der EZ darauf achten, dass bei mikroökonomischen Absorptionsengpässen ein Anstieg der EZ sorgfältig geplant und zeitlich angepasst wird, um nicht die langfristigen Wachstumschancen des Empfängerlandes zu untergraben. Kurz gesagt: Die ODA muss die Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft stärker verbessern, als die Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung verringert wird. Das ist ein hoher, aber erfüllbarer Anspruch an die EZ.

10 Importe führen allerdings dann zu realen Konsequenzen, wenn die importierten Güter direkt mit inländisch erzeugten Gütern konkurrieren.

Literaturverzeichnis

- Branson, H. W.* (1977): Asset markets and relative prices in exchange rate determination, in: *Sozialwissenschaftliche Annalen* 1, 69–89
- Corden, W. M. / J. P. Neary* (1982): Booming sector and de-industrialisation in a small open economy, in: *The Economic Journal* 92 (368) 825–848
- Gupta, S. / R. Powell / Y. Yang* (2005): The macroeconomic challenges of scaling up aid to Africa, Washington, DC: International Monetary Fund (IMF Working Paper 05/179)
- Hofmann, M. J. / J. K. Zattler* (2006): Mitigating the risks of increased ODA flows, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 2/2006, 27–42
- IMF* (Internationaler Monetary Fund) (2005): The macroeconomics of managing increased aid inflows: experiences of low-income countries and policy implications, Washington, DC
- Prati, A. / T. Tressel* (2006): Aid volatility and Dutch Disease: Is there a role for macroeconomic policies? Washington, DC: International Monetary Fund (IMF Working Paper 06/145)
- Rajan, R. G. / A. Subramanian* (2008): Aid and growth: what does the cross-country evidence really show?, in: *The Review of Economics and Statistics* 90 (4) (im Erscheinen)

Anhang

Zahlungsbilanz

Kasten 13: Die Zahlungsbilanz		
<p>In der Zahlungsbilanz werden alle wirtschaftlichen Transaktionen eines Landes mit dem Ausland innerhalb eines Jahres erfasst. Unter wirtschaftlichen Transaktionen versteht man die Übertragung von Gütern (Sachgüter, Dienstleistungen und Faktorleistungen) sowie Forderungen und Verbindlichkeiten von einer Wirtschaftseinheit (hier Länder) zu einer Anderen.</p> <p>Die Zahlungsbilanz setzt sich zusammen aus Leistungsbilanz, Kapitalbilanz, Bilanz der Vermögensübertragungen und Devisenbilanz und ist als Ganzes immer ausgeglichen, da nach dem Prinzip der doppelten Buchführung jede Transaktion an zwei Stellen in die Teilbilanzen eingeht. Dem Export eines Autos (Warenexport) steht z. B. eine Zunahme der Forderungen an das Ausland gegenüber.</p> <p>Die Teilbilanzen müssen nicht immer ausgeglichen sein. Wenn ein Land mehr Waren importiert als exportiert, kommt es zu einem Leistungsbilanzdefizit. Dieses wird dann in der Zahlungsbilanz durch eine Zunahme von Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland, also einem Kapitalbilanzüberschuss, ausgeglichen.</p>		
Aktiva +	Passiva -	Saldo
A. Exporte von Waren und Dienstleistungen B. Empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen (insb. Zinsen auf Anlagen von Inländern im Ausland) C. Empfangene laufende Übertragungen (z. B. ODA, Remittances)	A. Importe von Waren und Dienstleistungen B. Gezahlte Erwerbs- und Vermögenseinkommen (insb. Zinsen auf Anlagen von Ausländern im Inland) C. Gezahlte laufende Übertragungen	A. Handelsbilanz A.+B.+C.Leistungsbilanz
D. Empfangene Vermögens-transfers (z. B. Schuldenerlass)	D. Gezahlte Vermögenstransfers	D. Bilanz der Vermögens-transfers
E. Zunahme von Verbindlichkeiten: Kapitalimporte/Kreditaufnahme im Ausland (von Privatsektor und Staat ohne Zentralbank)	E. Zunahme von Forderungen: Kapitalexporte/Kreditvergabe an das Ausland (von Privatsektor und Staat ohne Zentralbank)	E. Kapitalbilanz
F. Abnahme der Währungsreserven	F. Zunahme der Währungsreserven	F. Devisenbilanz
Summe Aktiva	Summe Passiva	0
<p>Die Entwicklungshilfe wird bei den Empfängerländern unter empfangene laufende Übertragungen bilanziert und führt somit bei zuvor ausgeglichener Leistungsbilanz zu einem Überschuss. Dieser soll dann nach dem Prinzip der Absorption durch steigende Importe von Waren und Dienstleistungen wieder abgebaut werden.</p>		

Modell

Wir präsentieren hier ein statisches Grundmodell, das der Argumentation im Hauptteil zu Grunde liegt. Das Modell mag ad hoc konstruiert erscheinen, lässt sich aber mit wenig einschränkenden (und üblichen) Annahmen mikroökonomisch fundieren. Für die Diskussion der Erweiterungen, insbesondere auf mehrere Sektoren, müsste allerdings ein explizites Allgemeines Gleichgewichtsmodell betrachtet werden.

Sei

$q \equiv e/p$	realer Wechselkurs (Preise der handelbaren Güter geteilt durch Preise der nichthandelbaren Güter)
P	Preisniveau
M	Geldmenge in Händen der privaten Wirtschaftssubjekte
y^N, c^N, g^N	Output, private und öffentliche Ausgaben für nichthandelbare Güter in Mengeneinheiten (real)
y^{Ex}	Output Exporte in Mengeneinheiten (real)
c^{Im}, g^{Im}	private und öffentliche Importe in Mengeneinheiten (real)
$Z - \Delta R + \Delta F$	Transfers – Veränderung der Währungsreserven + Erhöhung der Verschuldung im Ausland

Dann lässt sich ein einfaches Zwei-Sektoren-Modell für ein kleines Entwicklungsland folgendermaßen darstellen:

$$(I) \quad y^N \left(\begin{array}{c} q \\ - \end{array} \right) = c^N \left(\begin{array}{c} \frac{M}{P}, q \\ + \end{array} \right) + g^N$$

$$(II) \quad y^{Ex} \left(\begin{array}{c} q \\ + \end{array} \right) = c^{Im} \left(\begin{array}{c} \frac{M}{P}, q \\ + \end{array} \right) + g^{Im} - (Z + \Delta F - \Delta R)$$

(I) beschreibt das Gleichgewicht auf dem Markt für nichthandelbare Güter. (II) beschreibt das Gleichgewicht auf dem Markt für handelbare Güter: Die Differenz zwischen (öffentlichen und privaten) Importen und Exporten muss gedeckt werden durch Finanztransfers aus dem Ausland oder Erhöhung der Verschuldung im Ausland abzüglich der Erhöhung der Währungsreserven. Das Angebot an nicht handelbaren Gütern hänge positiv vom realen Wechselkurs ab, weil sich die Gewinne im Binnensektor erhöhen, wenn die Preise der lokalen Güter relativ zu den Preisen der Exporte steigen. Umgekehrt hänge das Angebot an Exporten negativ vom realen Wechselkurs ab. Die private Nachfrage nach lokalen Gütern und Importgütern hänge jeweils positiv ab von der Geldmenge im Verhältnis zum Preisniveau. Unterstellt ist eine Substituierbarkeit von lokalen Gütern und Importgütern,

was nach sich zieht, das mehr lokale Güter nachgefragt werden, wenn der Preis der Importgüter relativ steigt, d. h. der reale Wechselkurs steigt, und umgekehrt.

Zu erklärende (endogene) Variablen in obigem Modell sind realer Wechselkurs und Preisniveau, alle anderen Variablen sind Politikparameter (exogen).

Mittels einer Taylorapproximation 1. Grades (bzw. mittels totalem Differenzial) an der Stelle (P_0, q_0) lässt sich das Modell linear approximieren.

$$(I') \quad \frac{\partial y^N}{\partial q}(q - q_0) = \frac{\partial c^N}{\partial(M/P)} \frac{P_0(M - M_0) - M_0(P - P_0)}{P_0^2} + \frac{\partial c^N}{\partial q}(q - q_0) + (g^N - g_0^N)$$

$$(II') \quad \frac{\partial y^{Ex}}{\partial q}(q - q_0) = \frac{\partial c^{Im}}{\partial(M/P)} \frac{P_0(M - M_0) - M_0(P - P_0)}{P_0^2} + \frac{\partial c^{Im}}{\partial q}(q - q_0) + (g^N - g_0^N) - (Z - Z_0) + (F - F_0) - (R - R_0)$$

Division durch y^N bzw. y^{Ex} ergibt nach Erweiterung einiger Terme mit q_0 :

$$(I'') \quad \left(\frac{\partial y^N}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^N} \right) \frac{q - q_0}{q_0} = \left(\frac{\partial c^N}{\partial(M/P)} \frac{M_0/P_0}{y_0^N} \right) \left(\frac{M - M_0}{M_0} - \frac{P - P_0}{P_0} \right) + \left(\frac{\partial c^N}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^N} \right) \frac{q - q_0}{q_0} + \frac{g^N - g_0^N}{y_0^N}$$

(II'')

$$\left(\frac{\partial y^{Ex}}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^{Ex}} \right) \frac{q - q_0}{q_0} = \left(\frac{\partial c^{Im}}{\partial(M/P)} \frac{M_0/P_0}{y_0^{Ex}} \right) \left(\frac{M - M_0}{M_0} - \frac{P - P_0}{P_0} \right) + \left(\frac{\partial c^{Im}}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^{Ex}} \right) \frac{q - q_0}{q_0} + \frac{g^N - g_0^N}{y_0^{Ex}} - \frac{Z - Z_0}{y_0^{Ex}} + \frac{F - F_0}{y_0^{Ex}} - \frac{R - R_0}{y_0^{Ex}}$$

Mit den Abkürzungen für die Elastizitäten:

$$\psi_q^N \equiv -\frac{\partial y^N}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^N} > 0, \gamma_{M/P}^N \equiv \frac{\partial c^N}{\partial(M/P)} \frac{M_0/P_0}{y_0^N} > 0, \gamma_q^N \equiv \frac{\partial c^N}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^N} > 0,$$

$$\psi_q^{Ex} \equiv \frac{\partial y^{Ex}}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^{Ex}} > 0, \gamma_{M/P}^{Im} \equiv \frac{\partial c^{Im}}{\partial(M/P)} \frac{M_0/P_0}{y_0^{Ex}} > 0, \gamma_q^{Im} \equiv -\frac{\partial c^{Im}}{\partial q} \frac{q_0}{y_0^{Ex}} > 0,$$

und die Veränderungsrate der endogenen und exogenen Variablen¹¹:

11 Elastizitäten und Veränderungsrate wurden hier zweckmäßig definiert, um die Einführung zusätzlicher Parameter zu vermeiden.

$$\hat{q} \equiv \frac{q - q_0}{q_0}, \hat{P} \equiv \frac{P - P_0}{P_0}, \hat{M} \equiv \frac{M - M_0}{M_0}, \hat{g}^N \equiv \frac{g^N - g_0^N}{y_0^N}, \hat{g}^{\text{Im}} \equiv \frac{g^{\text{Im}} - g_0^{\text{Im}}}{y_0^{\text{Ex}}}$$

$$\hat{Z} \equiv \frac{Z - Z_0}{y_0^{\text{Ex}}}, \hat{R} \equiv \frac{R - R_0}{y_0^{\text{Ex}}}, \hat{F} \equiv \frac{F - F_0}{y_0^{\text{Ex}}}$$

folgt dann:

$$(I''') \quad -\psi_q^N \hat{q} = \gamma_{M/P}^N (\hat{M} - \hat{P}) + \gamma_q^N \hat{q} + \hat{g}^N$$

$$(II''') \quad \psi_q^{\text{Ex}} \hat{q} = \gamma_{M/P}^{\text{Im}} (\hat{M} - \hat{P}) - \gamma_q^{\text{Im}} \hat{q} + (\hat{g}^{\text{Im}} - \hat{Z} - \hat{F} + \hat{R})$$

Auflösen nach den endogenen Variablen ergibt:

$$(III) \quad \hat{q} = \frac{\gamma_{M/P}^N (\hat{g}^{\text{Im}} - \hat{Z} + \hat{R} - \hat{F}) - \gamma_{M/P}^{\text{Im}} \hat{g}^N}{(\psi_q^N + \gamma_q^N) \gamma_{M/P}^{\text{Im}} + (\psi_0^{\text{Ex}} + \gamma_q^{\text{Im}}) \gamma_{M/P}^N}$$

$$(IV) \quad \hat{P} = \hat{M} + \frac{(\psi_q^N + \gamma_q^N) (\hat{g}^{\text{Im}} - \hat{Z} - \hat{F} + \hat{R}) + (\psi_0^{\text{Ex}} + \gamma_q^{\text{Im}}) \hat{g}^N}{(\psi_q^N + \gamma_q^N) \gamma_{M/P}^{\text{Im}} + (\psi_0^{\text{Ex}} + \gamma_q^{\text{Im}}) \gamma_{M/P}^N}$$

Eine Erhöhung der Geldmenge hat keine Auswirkungen auf den realen Wechselkurs, das Preisniveau steigt hingegen um denselben Prozentsatz. Die Erhöhung der Staatsausgaben für nicht handelbare Güter (wie bei *Spend & Don't Absorb*) führt zu einem sinkendem realen Wechselkurs (reale Aufwertung) und zu einem steigendem Preisniveau. Der Verkauf von Währungsreserven ($\hat{R} < 0$, wie bei *Absorb & Don't Spend*) führt ebenfalls zu einem sinkendem realen Wechselkurs, aber zu sinkendem Preisniveau.

Publikationen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

Nomos Verlagsgesellschaft

Messner, Dirk / Imme Scholz (Hrsg.): *Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik*, 410 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1005-0

Neubert, Susanne / Waltina Scheumann / Annette van Edig, / Walter Huppert (Hrsg.): *Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM): Ein Konzept in die Praxis überführen*, 314 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1111-1

Brandt, Hartmut / Uwe Otzen: *Armutorientierte landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung*, 342 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-0555-3

Liebig, Klaus: *Internationale Regulierung geistiger Eigentumsrechte und Wissenserwerb in Entwicklungsländern: Eine ökonomische Analyse*, 233 S., Nomos, Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2379-2 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 1)

Schlumberger, Oliver: *Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*, 225 S., Nomos, Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-3114-8 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 2)

Qualmann, Regine: *South Africa's Reintegration into World and Regional Markets: Trade Liberalization and Emerging Patterns of Specialization in the Post-Apartheid Era*, 206 S., Nomos, Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-2995-4 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 3)

[zu beziehen über den Buchhandel]

Schriftenreihe bei Routledge

Brandt, Hartmut / Uwe Otzen: *Poverty Orientated Agricultural and Rural Development*, 342 S., Routledge, London 2007, ISBN 978-0-415-36853-7 (Studies in Development and Society 12)

[zu beziehen über den Buchhandel]

Springer-Verlag

Scheumann, Waltina / Susanne Neubert / Martin Kipping (Hrsg.): *Water Politics and Development Cooperation: Local Power Plays and Global Governance*, 416 S., Berlin 2008, ISBN 978-3-540-76706-0

[zu beziehen über den Buchhandel]

Berichte und Gutachten

[Schutzgebühr: 9,63 Euro; zu beziehen direkt beim DIE oder über den Buchhandel. Diese Schriftenreihe des DIE wurde eingestellt und ab November 2004 durch die neue Schriftenreihe „*Studies*“ ersetzt.

Studies

- 38 *Klingebiel, Stephan et al.*: Donor Contribution to the Strengthening of the African Peace and Security Architecture, 124 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-373-8
- 37 *Brüntrup, Michael et al.*: Monitoring Economic Partnership Agreements, 260 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-372-2
- 36 *Brüntrup, Michael et al.*: Politique commerciale et développement agricole au Sénégal : Les enjeux de la politique d'importation pour certains secteurs agricoles face aux accords sur le commerce international, 157 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-369-2
- 35 *Vatterodt, Martina*: The Implementation of the Paris Declaration on Aid Effectiveness by the United Nations: progress to date and need for further reforms, 90 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-370-7 (German edition: Studies 31 – ISBN 978-3-88985-359-2)
- 34 *Liebig, Klaus et al.*: Municipal Borrowing for Infrastructure Service Delivery in South Africa – A Critical Review, 120 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-368-4

[Schutzgebühr: 10,00 Euro; zu beziehen direkt beim DIE oder über den Buchhandel.]

Discussion Paper

- 20/2008 *Wiemann, Jürgen*: Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen, 55 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-408-7
- 19/2008 *Kästner, Antje*: From Chaos to Pragmatism? The Domestic Dimension of Russian Foreign Policy 1991–2008, 61 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-409-4
- 18/2008 *Pomerleano, Michael*: Developing Regional Financial Markets – The Case of East Asia, 24 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-406-3
- 17/2008 *Stamm, Andreas*: Development Studies – Development Research: Germany's Position in International Perspective, 50 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-410-0
- 16/2008: *Hampel-Milagrosa, Aimeé*: Gender Differentiated Impact of Investment Climate Reforms: A Critical Review of the Doing Business Report, 65 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-407-0
- 15/2008 *Müller-Kraenner, Sascha*: China's and India's Emerging Energy Foreign Policy, 19 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-405-6
- 14/2008 *Dosch, Jörn / Alexander L. Vuving*: The Impact of China on Governance Structures in Vietnam, 33 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-404-9
- 13/2008 *Schmitz, Hubert / Dirk Messner* (Hrsg.): Poor and Powerful – The Rise of China and India and the Implications for Europe, 63 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-402-5

[Schutzgebühr: 6,00 Euro; zu beziehen direkt beim DIE oder über den Buchhandel.]

A complete list of publications available from DIE can be found at:

<http://www.die-gdi.de>